

11.06.2026

Kleine Anfrage 8160

des Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer SPD

Nach SPD-Vorstoß zu verbindlichem Chancenjahr in der Kita: Ministerin Feller sagt Hü, Ministerin Schäffer sagt Hott. Wie hält es die Landesregierung mit der Kita-Pflicht?

Jochen Ott hat für die SPD-Landtagsfraktion den Vorschlag für ein Chancenjahr in der Kita als Alternative zu der vom NRW-Schulministerium vorangetriebenen Konzept der ABC-Klassen vorgestellt. Im Chancenjahr sollen Kinder mit Sprachdefiziten verbindlich eine Kita besuchen und dort gefördert werden. Neben Deutschkenntnissen geht es dabei auch um weitere Bedarfe, etwa im Bereich Motorik oder der sozial-emotionalen Entwicklung. Werden Mängel erkannt soll eine verpflichtende Förderung in der Kita erfolgen. Unter Ministerin Feller lehnt das NRW-Schulministerium dies ab und führt verfassungsrechtliche Bedenken an. Das Grundgesetz räume Eltern das Recht ein, zu entscheiden, ob und in welchem Umfang ihr Kind vor der Schulpflicht eine Kindertageseinrichtung besuche, erklärte das Ministerium gegenüber dem KSTA und ließ sich wie folgt zitieren: „Vor diesem Hintergrund wäre eine pauschale Pflichtregelung für alle Kinder weder erforderlich noch verhältnismäßig“¹. Obwohl der SPD-Vorschlag eben keine pauschale Pflicht für alle Kinder zum Kita-Besuch vorsieht, war es Familienministerin Schäffer, die nun einen noch weitergehenden Vorschlag unterbreitet hat. Sie will in der Tat alle Kinder, unabhängig von festgestellten Förderbedarfen, zum Kita-Besuch verpflichten. Der WAZ sagte sie: „Wenn es uns nicht gelingt, alle Eltern von einem Kita-Besuch ihrer Kinder zu überzeugen, sollten wir über ein verbindliches letztes Kita-Jahr nachdenken“². Die Familienministerin beklagte dabei die geringeren Betreuungsquoten in einzelnen Kommunen und führt dies auf Unwissenheit und Sprachbarrieren in den Familien zurück. Gleichzeitig hat das Familienministerium in dieser Legislaturperiode entschieden, auf einen Ausbau des Programms „kinderstark – NRW schafft Chancen“ zu verzichten. Das Fördervolumen ist gegenüber 2022 nominal nahezu unverändert geblieben. Rechnet man die Inflation seit 2022 ein, liegt die reale Förderkraft heute sogar spürbar niedriger. Dabei können auf diesem Weg Familienbüros und aufsuchende Angebote gefördert werden. Beides sind Wege, die zu einer besseren Aufklärung von Familien beitragen können und deren konsequenter Ausbau auch zu einer höheren Bildungsbeteiligung führen kann.

¹ <https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/weil-zu-wenig-kinder-deutsch-koennen-nrw-spd-fordert-kita-pflicht-im-jahr-vor-der-einschulung-1283054>

² <https://www.waz.de/politik/article412175899/zu-wenige-kinder-in-betreuung-kommt-das-verpflichtende-kita-jahr-in-nrw.html>

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es in der Landesregierung eine abgestimmte Position zu einer Kita-Pflicht?
2. Wie bewertet die Landesregierung die rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung einer Kita-Pflicht?
3. Macht Familienministerin Schäffer mit ihrem Vorschlag zu einer Kita-Pflicht einen rechtlich unhaltbaren Vorstoß oder rückt das Schulministerium von seiner Einschätzung ab, dass „pauschale Pflichtregelungen“ unverhältnismäßig wären?
4. Kann die Schulpflicht, wie im grün-schwarzen Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg angelegt, auch in NRW auf ein verbindliches und kostenfreies letztes Kindergartenjahr vorgezogen werden?
5. Warum hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode auf einen Ausbau des Programms „kinderstark“ verzichtet, mit dem Angebote, die zu einer höheren Bildungsbeteiligung führen würden, gefördert werden können?

Dr. Dennis Maelzer